

Warum ein Konzept der Bundesregierung für den Glasfaserausbau unverzichtbar ist

Warum die Verweigerung der Länder so gefährlich ist und Ex-post-Kontrolle keinesfalls ausreicht



Die Länder machen den Vorschlag, ohne jede Vorstrukturierung in die kommende Förderung zu gehen. Dabei stellen sie die These auf, dass eine Vorstrukturierung nicht notwendig ist, um eine Verdrängung des schnelleren eigenwirtschaftlichen Ausbaus zu verhindern. Die Annahmen der Länder – wie in ihrem Positionspapier zusammengefasst – sind allerdings grundlegend falsch.

Völlig verkannt wird, dass ab 2023 keine Aufgreifschwelle mehr von 100 Mbit/s vorgesehen ist und damit ein ganz erheblicher Anteil von MEV und Förderverfahren auf den Weg gebracht werden wird, die sich im Rahmen der bisher geltenden Aufgreifschwelle nicht haben sinnvoll realisieren lassen.

Im Folgenden Auszüge aus dem Länder-Vorschlag und unsere Positionierung dazu:

Die empirische Erfahrung im bisherigen Förderprogramm belegt, dass diese „natürliche Priorisierung“ wirkt. Im Weiße-Flecken-Programm hat es einen relativ kontinuierlichen Zufluss an MEV und Förderanträgen gegeben.

- unzutreffend: Im Weiße-Flecken-Programm gab es eine **massive Verdichtung der Ausschreibungen gegen Ende**. Folge war, dass selbst extrem engagierte Unternehmen mit guter Infrastruktur bei vielen Landkreisen nicht mit anbieten konnten. Folge war zudem, dass die Tiefbaupreise 2018 explodiert sind.
- Zudem erklären aktuell **alle verantwortlichen Behörden**, mit denen man spricht, dass sie sich für sofortige Verfahren 2023 vorbereitet haben.

Auch die erste Anhebung der Aufgreifschwelle im Graue-Flecken-Programm hat keinen Sprung in der Zahl der Förderverfahren gebracht, sondern führt erst nach und nach zu Förderverfahren.

- Die erste **Anhebung der Aufgreifschwelle 2021** war für Fördergeber nicht attraktiv. Daraus lässt sich nicht auf weniger Verfahren nach Wegfall der Aufgreifschwelle 2023 schließen, sondern genau das Gegenteil ist der Fall und damit absolut – ex ante – vorhersehbar.
- Vielmehr gab es bei den meisten Entscheidungsträgern ein bewusstes **Zurückstellen von Verfahren** und eine Vorbereitung für 2023, so dass nun – aus Sicht der Kommunen vollkommen nachvollziehbar – umso mehr Verfahren ausgelöst werden.

Begrenzt verfügbare Co-Finanzierungsmittel der Länder und Kommunen

- Für Länder/Kommunen mit **umfangreichen Mitteln** gilt das nicht, und es liegen klare Aussagen verschiedener Länder vor, massive Mittel bereitstellen zu wollen und diese nicht zu dosieren.
- Dieser Ansatz schützt einzelne Bundesländer nicht davor, dass andere reiche Länder mit einer schnellen Förderstrategie die Bau- und Planungsressourcen auf sich ziehen. Daher ist es wichtig, dass es getrennte Budgets für die einzelnen Bundesländer gibt, wenn es zu einer Aufteilung von entweder Markterkundungsverfahren oder Fördersummen kommt.

Warum ein Konzept der Bundesregierung für den Glasfaserausbau unverzichtbar ist

Warum die Verweigerung der Länder so gefährlich ist und Ex-post-Kontrolle keinesfalls ausreicht



- **Bei Mittelknappheit** würde der Run auf Fördermittel zudem noch beschleunigt, der Effekt zu Beginn würde also auch dort **sogar verstärkt**.
- Zudem geht es im Kern um die **Überlastung mit MEV** und hier werden **große Gebiete mit wenig Förderbedarf** gewählt werden um damit – so die klare Rückmeldung vieler Kommunen und Landkreise – einen Ausbau innerhalb von kürzerer Zeit (im besten, aber in der Praxis mittlerweile unrealistischen Fall innerhalb von 3 Jahren) erzwingen zu können und so eine **lokale politische Priorisierung** deutlich vor 2030 zu durchzusetzen.

Politisch senden Begrenzungen das völlig falsche Signal, dass der Staat den Breitbandausbau verlangsamen will. Für die Länder, die im Rahmen ihrer Ausbaustrategie und aufgrund ihrer jeweiligen Koalitionsverträge weiterhin am Zieljahr 2025 für eine vollständige Gigabitversorgung oder eine weitgehend flächendeckende Glasfaserversorgung festhalten, wäre eine Begrenzung ein kommunikatives Desaster;

- Die Anpassung des Ziels lässt sich nicht nur aus dem Markt heraus erklären, sie ist sogar **gesichtswahrend**, weil das neue Ziel Glasfaser statt Gigabit nennt.
- Die **Weigerung, ein unrealistisches Ziel anzupassen**, hat mit der Überhitzung des Tiefbaumarkts katastrophale Folgen und rückt das Ziel in noch weitere Ferne.
- Das absolut **falsche Signal** ist gerade, die **Möglichkeit zu eröffnen strategisch gewünschte MEV auszulösen** – ohne jede Struktur, die den Glasfaserausbau beschleunigt. Nur durch eine sachlich sinnvolle Strukturierung sind die Länder überhaupt in der Lage zu erkennen, ob Kommunen echten Bedarf haben oder eine politische Priorisierung durch MEV erzwingen wollen.